

" Die gnadenlose Republik "

Vortrag an der Universität Tübingen am 11.6.2013

Es war der 4. Januar 2012 um 9:58 Uhr. Meine Sekretärin stellte mir den den Anruf der Pressechefin des Bundespräsidenten durch. Der Herr Bundespräsident wolle jetzt doch auf das Angebot von ARD und ZDF zurückkommen, ein Interview über die seit Monaten schwelenden Vorwürfe gegen ihn zu führen. Wochenlang hatten alle Fernsehsender in Deutschland immer wieder um ein Interview mit **Christian Wulff** gebeten, stets war es abgelehnt worden. Die Vorgänge um den Bundespräsidenten herum und der politische und mediale Druck auf den Bundespräsidenten führten zu der Erkenntnis der Berater: Ein Befreiungsschlag müsse her, Wulff müsse wieder die Oberhand gewinnen. Er hatte – wie er selbst fühlte und noch vor der Aufzeichnung des Gesprächs eingestand – nur noch die Wahl: Interview oder Rücktritt. Er und die Mehrzahl der Berater entschieden sich für das Interview. Als Bettina Schausten und ich den Präsidenten dann interviewten, war das ein absolutes Novum im Verhältnis von Journalismus und Politik: Zum ersten Mal wurde das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland über eine möglicherweise unzulässige, strafrechtlich relevante Verquickung dienstlicher und privater Vorgänge befragt. Der Verdacht einer möglichen Bestechlichkeit des Bundespräsidenten lag über dem Interview. Es war der Höhepunkt einer monatelangen kritischen Berichterstattung über

den Präsidenten. War es der Höhepunkt der gnadenlosen Republik, der kritischste Punkt im Verhältnis von Journalismus und Politik?

Zumindest hat das Interview sowohl das Publikum als auch das Pressekorps in Berlin und anderswo gespalten. Für die einen waren Bettina Schausten und ich zu lieb zum Präsidenten, hätten ihn noch mehr in die Enge treiben, ihn bloßstellen sollen, für die anderen haben wir das genau getan, waren ungebührlich frech zu einem Staatsoberhaupt, schlimmste Boulevard-Journalisten. Wenn das Publikum sich derart spaltet, dann müssen wir ein paar Dinge richtig gemacht, die richtige Mischung gefunden haben. **11 Millionen haben zugeschaut. Der Rekord für ein politisches Interview.**

Ein Jahr danach stellen sich viele die Frage, ob **Christian Wulff** nicht **ein Opfer der Medien, das Opfer einer gnadenlosen Jagd auf den Präsidenten und seine engere Umgebung durch die Journalisten Meute** in Berlin, Hamburg, Frankfurt und München geworden ist.

Christian Wulff war der Überraschungskandidat der Kanzlerin zur Wahl des Bundespräsidenten. Viele Journalisten und Politiker hätten schon damals lieber Joachim Gauck im Schloss Bellevue gesehen. In den zahlreichen Hintergrundkreisen und Hintergrundgesprächen in dem Raumschiff Berlin, dem exterritorialen Gebiet in der Hauptstadt zwischen Reichstag und Gendarmenmarkt, war das das Thema. Allein 10 Stunden dauerte seine Wahl, ein Rekord, auch das.

Mit Christian Wulff zog ein Politiker in das Schloss Bellevue, der aus der Provinz kam, aber auch bestens vernetzt im Berliner politischen Geschäft, ein Emporkömmling, der in seiner Laufbahn die Nähe zur Boulevard-Presse gesucht hatte. Wulff hatte sich in Hannover der Bildzeitung ausgeliefert, sie hatte ihn großgeschrieben, sie hatte geradezu rührend über die Trennung von seiner ersten Frau und über seine neue Liebe geschrieben. Wulff ist mit Bild im Fahrstuhl hochgefahren und mit Bild auch wieder hinunter. Als Wulff in Berlin begann, auch mit anderen Organen exklusive Interviews zu führen, da begann der Bruch. Da begann der Druck auch der Bildzeitung.

Zu Beginn der Präsidenten-Krise, als es zunächst nur um den Kredit des mit Wulff befreundeten Ehepaars Gehrckens zum Erwerb für das dann wohl berühmteste Einfamilienhaus in Deutschland ging, hat Wulff noch mit Journalisten kooperiert. Sein Pressesprecher gewährte Einblick in die Darlehensunterlagen, später konnten Journalisten weitere Unterlagen in der Anwaltskanzlei einsehen. Es nützte nichts. Der Druck der Medien wurde immer größer, die Schlagzeilen immer heftiger, die redaktionelle Zuspitzung in den Überschriften immer gröber, die Vorwürfe zum Teil immer lächerlicher oder auch bössartiger. Als ein Bobby Car im Schloss Bellevue auch noch als weiterer Beweis für eine mögliche Bestechlichkeit angesehen wurde, da war die Grenze einer seriösen Berichterstattung überschritten. Es gab nur noch ganz wenige journalistische Verteidiger des Präsidenten. Die neue Welt der Online-Angebote und des Online-Journalismus hatte zu einem

Herdentrieb geführt, der in Zukunft weiter droht, wenn nicht wieder eine gewisse journalistische Entschleunigungsphase eintritt, die allen gut täte. Ich befürchte jedoch, dass es dafür bereits zu spät ist.

„ Wann erfolgt der Rücktritt?“ Überspitzt gesagt ist das die erste Frage, die mittlerweile auch bei kleineren Problem in einem Ministerium heute sofort gestellt wird.

Es sind beileibe jedoch nicht nur die Journalisten, die die gnadenlose Republik mitgestalten. Es sind auch die Politiker selbst, die oft ohne weitere Prüfung, ohne vertiefende Kenntnis der Sachlage sofort ihre Kommentare zu Personen, Sachverhalten und Konsequenzen in alle möglichen Mikrophone sprechen. Sie beugen sich dem neuen medialen Druck, denn täten sie es nicht, dann kämen sie selbst in die Kritik: als Schweiger und Langeweiler, als Feiglinge. Journalisten können gnadenlos sein.

War also der Rücktritt von Christian Wulff falsch, unberechtigt? Nein, das war er nicht. Christian Wulff hat in seiner ersten Stellungnahme im niedersächsischen Landtag nicht alle Tatsachen aufgezeigt, in den Wochen der Krise war er nicht souverän, sein Anruf beim Bild-Chefredakteur und beim Springer-Chef war eines Präsidenten unwürdig. Die Bildzeitung schlachtete diesen Anruf dann zwar auch genüsslich aus. Aber: nur scheinbar gab Wulff wichtige Details bekannt, und als am Ende die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen ihn aufnahm, blieb ihm als Bundespräsident nichts anderes als der

Rücktritt. **Sein Krisenmanagement war miserabel.** Er hatte sich auch verstrickt in der Welt des Glamour und der Politik, Grenzen überschritten, als er Urlaube in den Villen befreundeter Unternehmer verbrachte oder nicht eingegriffen, als Mitarbeiter Grenzen überschritten hatten. Dennoch: die Affäre Wulff hinterlässt auch auf der Seite der Journalisten den einen oder anderen Zweifel über das eigene Wirken. Und sie hinterlässt auch einen Beigeschmack der Heuchelei auf beiden Seiten, wenn es um den Partymanager Schmidt ging. Jahrelang gaben sich Politiker und Journalisten auf dessen Parties die Klinke in die Hand.

Gelten Zweifel und Beigeschmack auch im Fall des **Karl-Theodor zu Guttenberg**? Am Ende nein, wenn es auch die eine oder andere Parallele gibt. Ja, alle waren zu Beginn vom Wirken und Auftreten des Freiherrn aus Bayern angetan, die Politik und die Presse. So einen hatte die Hauptstadt vorher nicht erlebt, eloquent, attraktiv, eine hübsche Frau an seiner Seite, ein Mann, der den Eindruck vermittelte, die vorhandenen Probleme frisch anzugehen. Die Meute war begeistert. Glamour in der Politik, ein Politikertyp wie geschaffen für Bunte, Bild und Gala. Letztlich für alle Berliner Medien. Und Guttenberg suchte die Medien. Homestorys und Posen auf dem Times-Square in New York, Auftritte seiner Frau in umstrittenen Sendungen von Kommerz-Sendern: das war seine Welt. Und auch hier fiel die besondere Nähe zur Bildzeitung auf. Ein Politstar hatte sein Medium gefunden. Eine Nähe, die momentan gerade der FDP-Wirtschaftsminister Rösler sucht.

Fotos, wie das mit Bildchefredakteur Kai Diekmann in Kalifornien, schaden beiden. Den größeren Schaden dabei hat langfristig der Politiker. Manche lernen es eben nie.

Doch zurück zum Freiherrn: Als er dann als Plagiator und als Blender entlarvt wurde, da stellte die Presse die richtigen Fragen, bohrte nach, und heraus kam ein Minister, der an seiner eigenen Hybris gescheitert war. Seine Ausflüchte, Ausreden und zum Teil unwahren Behauptungen im Hinblick auf seine Doktorarbeit ließen die Medien zu Recht immer weiter nachbohren und dann auch die Frage nach seinem Rücktritt stellen. Bei Karl-Theodor zu Guttenberg haben wir Journalisten vielleicht gelernt, in Zukunft etwas vorsichtiger und zurückhaltender mit der schnellen Beurteilung von Politikern zu sein, im Positiven wie auch im Negativen. Im Freiherrn zu Guttenberg hatten wir uns alle richtig getäuscht. Für zu Guttenberg selbst mag sein schneller Fall zunächst als gnadenlos erschienen sein, er war es aber nicht. Das war richtige, gute journalistische Arbeit über das Verhalten eines Ministers, über persönliches Fehlverhalten und über umstrittene Entscheidungen in seinem Ministeramt.

Vorsichtiger gingen die Medien mit **Anette Schavan** um. Sicherlich auch, weil Schavan eine Politikerin der stilleren Art war, bei der Wissenschaft einen exzellenten Ruf hatte und eine enge Vertraute der Kanzlerin war. Hinzu kam: die Wissenschaft, ja selbst die Plagiatsjäger waren nicht einer Meinung über die Doktorarbeit der Bildungs- und

Wissenschaftsministerin. Auch ein Stück Schadenfreude mag mitgespielt haben, denn die Journalisten und Politiker in Berlin erinnerten sich an den Blickkontakt von Anette Schavan und Angela Merkel, als auf dem Handy der Kanzlerin die Nachricht vom Rücktritt des Karl-Theodor zu Guttenberg erschien. Für Anette Schavan jedoch stand in Absprache mit der Kanzlerin von Anfang an fest: Leitet die Universität Düsseldorf ein Prüfverfahren ein, dann könne sie nicht mehr Ministerin bleiben. Folgerichtig trat sie dann zurück. Nun kämpft sie vor Gericht gegen die Entscheidung der Universität Düsseldorf.

Wie gnadenlos aber der eine oder andere, die eine oder andere Journalistin mit Politikern umgehen können, zeigt **der Fall Brüderle**. Der Stern wollte mit einer misslungenen, aufgeblasenen Story einer noch eher unerfahrenen Kollegin den großen Coup landen. Was blieb von diesem Versuch übrig? Eine professionell beschädigte Kollegin, von der eigenen Chefredaktion vor der Veröffentlichung im Stich gelassen, ein verunsicherter, ebenfalls beschädigter Politiker und nur eine kurzfristige Debatte über Sexismus. Die Stern-Kollegin hatte ein Jahr lang die Nähe zu Rainer Brüderle gesucht für Ihre Langzeitbeobachtung, bis in die letzten Tage vor Erscheinen des Artikels war sie an seiner Seite. Ein Jahr lang hatte sie den Abend an der Hotelbar in Stuttgart wohl eher als unbedeutend eingestuft, Rainer Brüderle wie alle Kollegen und Kolleginnen als einen durchaus lebensfrohen, immer zu Scherzen, mal gelungenen mal weniger gelungenen, neigenden

Politiker eingestuft. Doch am Tag, als alle mit dem Rücktritt von Philipp Rösler rechneten und überraschend das Duo Rösler-Brüderle herauskam, da musste der Stern eben eine besondere Story ins Blatt heben. Die Empörungsmaschine über Rainer Brüderle lief sofort hoch. Sie klang aber auch schnell wieder ab, dem Stern und seinem Verlag ist diese Geschichte wohl heute eher peinlich. Am Ende sind alle beschädigt worden. Es war ein herbes Stück Gnadenlosigkeit des Berliner Politbetriebes.

Doch ist es – nach diesen Beispielen, und ich hätte noch mehr anführen können – gerechtfertigt, von der gnadenlosen Republik zu sprechen, von einem gnadenlosen Verhältnis von Journalismus und Politik?

Richtig ist, die Politikberichterstattung ist schneller geworden. Der Konkurrenzdruck hat im Zeitalter des Internet und der Online-Dienste unglaublich zugenommen. Es zählen mittlerweile Sekunden, wenn es darum geht, wer die erste Meldung, wer die erste Einschätzung über ein Ereignis verbreitet. Die zugespitzte Schlagzeile entscheidet über die größte Aufmerksamkeit. Oft hält die Überschrift nicht das, was der anschließende Artikel wirklich aussagt. Die Politiker selbst befeuern oft das Ganze noch mit ihren Twitter-Meldungen. Sie senden spontane Reaktionen auf politische Entscheidungen, auch persönliches, zum Teil auch bitterböse Kommentare über den politischen Gegner.

Live-Blogs in den Medien bei bestimmten Ereignissen, zum Beispiel bei Parteitagen, verbreiten blitzschnell spontane, oft eher emotionale und möglichst schnelle Urteile und Eindrücke über Personen und Entscheidungen.

Zeit zum Reflektieren von Meldungen und Entwicklungen gibt es kaum noch. Die gnadenlose Medienrepublik erwartet von uns Journalisten heute sofortige Einschätzung, Beurteilung und Entwicklungsperspektiven im Minutentakt. Nicht immer gilt noch die alte Regel: Du solltest immer zwei Quellen für Deine Information haben. Wir alle sollten zu dieser Regel wieder zurückkehren.

Als **Bundespräsident Horst Köhler** völlig überraschend um 14 Uhr mittags zurücktrat, da lief gerade die Tagesschau. Um 14.02 Uhr wurde ich live zugeschaltet. Die Fragen waren: Was sind die Gründe, warum heute, wie tief ist das Zerwürfnis mit Merkel, warum hat er nur diese unfassbaren Worte über den Schutz der Handelswege auch durch unsere Bundeswehr ausgesprochen. Jürgen Trittin, eine ganz besonders flinke Zunge, sprach sofort den Satz: Ein Kriegstreiber könne eben kein Präsident sein. So gnadenlos sind Politiker unter sich.

Ich hatte keine Zeit mehr, um noch einmal neu zu recherchieren. Ich musste mich auf meine bis dahin angesammelten Erkenntnisse über Horst Köhler, über das Amt und sein Verhältnis zu seinen Mitarbeitern und auch zur Kanzlerin verlassen. Es ist gut gegangen.

Übrigens: kurze Zeit später hat Thomas de Maizière nichts anderes gesagt als Horst Köhler. Völlig ohne Konsequenzen. Heute ist dieser angeblich kriegstreibende Satz von Horst Köhler politisch völlig unumstritten.

Horst Köhler war der hektischen, gnadenlosen Aufgeregtheit der Politik und der Mehrzahl der Medienmeute am Ende nicht gewachsen. Sein Abgang war wenig souverän. Wer in der Küche steht, muss die Hitze des Herdes aushalten, zumal es ja auch sehr wohlwollende Urteile und Kommentare über den Bundespräsidenten Köhler gab. Bis heute rätseln alle über die wahren Gründe seiner Flucht aus dem Amt. Köhler hat sich am Ende wohl allein gelassen gefühlt, auch von der Kanzlerin. Er hatte sich auch in seinem Amt isoliert gefühlt, nachdem zwei seiner engsten Vertrauten, sein Staatssekretär und sein Pressesprecher, Schloss Bellevue verlassen hatten. Er selbst scheint mit sich heute aber im Reinen zu sein. Ein bitterer Nachgeschmack über die Art des Abgangs ist geblieben.

Meine Damen und Herren, Politik lebt vom Diskurs, vom Ringen um die beste Idee, den besten Weg, von der Überzeugungskraft der Parteiprogramme, der politischen Köpfe. Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien sind ein essentieller Bestandteil dieser Demokratie. Eine gute Errungenschaft. Doch in den letzten Jahren, so ein Eindruck bei vielen Bürgern, herrschen in den Parteien nur noch Streit, Unfrieden, Skandale Intrigen, gegenseitige Beschimpfungen. Für

die langen, gedanklichen Linien, für das längere Gespräch bleibt kaum noch Zeit. Selbst in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen lauten die ersten Fragen immer häufiger, fast schon reflexhaft: Wie groß ist der Streit, müssen wir jede parteiinterne Diskussion – es ist ja gut, dass es sie gibt – gleich als den großen Streit darstellen? Die nächsten beliebten Fragen: wann erfolgt der Rücktritt, wer ist wie stark beschädigt? Diese Fragen haben sicher ihre Berechtigung, aber müssen sie sofort zu Beginn einer Entwicklung gestellt werden? Sollten wir nicht erst alle Fakten recherchieren, Entwicklungen abwarten und erst am Ende diese Fragen stellen?

Kommen wir zum Fall, der Drohnen-Affäre von **Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière**. Thomas de Maizière gilt in der Hauptstadt bei der Politik und bei den Medien als der letzte Preuße, als ein äußerst bescheidener, kompetenter politischer Kopf, mit hohem Sachverstand und Pflichtgefühl, kein Showman der Branche. Merkels bester Mann, der Reservekanzler. Als die Affäre um die Drohne bekannt wurde, machte de Maizière etwas Mutiges, in den letzten Jahren eher ungewöhnliches: Er nahm sich 3 Wochen Zeit zur Aufarbeitung. In der hektischen Berliner Republik ein Novum. Es gab in der Presse keinen Sturm der Entrüstung.

Nach drei Wochen hat de Maizière dann seinen Faktenbericht vorgelegt. Jetzt musste er sich sofort der Frage nach der politischen Verantwortung stellen. Er hatte personelle

Konsequenzen nicht ausgeschlossen, zunächst aber nicht für sich. Eher zaghaft begann die Opposition auch seinen Rücktritt zu fordern. Nach weiteren bekannt gewordenen Ungereimtheiten wurde dann die Forderung deutlich ausgesprochen. Das war durchaus berechtigt. In seinem Haus gab es ein großes Organisationsversagen, wie der Bundesrechnungshof in seinem Sonderbericht festgestellt hatte. Zu spät, erst nach der Verkündung der Beendigung des Projekts durch seine Staatssekretäre wurde der Minister über den wahren Stand der Dinge informiert. Erst in der zweiten Anhörung vor dem Verteidigungsausschuss gestand de Maiziere dann weitere eigene Fehler ein. Er hatte eben doch vor dem ominösen 13. Mai dieses Jahres von den Problemen des Euro-Hawk gehört und in Vorlagen für Gespräche gelesen. Es wird sein Geheimnis bleiben, warum er nicht von Beginn an die ganze Wahrheit auf den Tisch gelegt hat, zumal an der Gesamtentscheidung keiner in Berlin Zweifel hegt. Die Medien haben von Anfang an zu Recht auf die Ungereimtheiten hingewiesen. Thomas de Maiziere hat unterschätzt, dass in Berlin auch vertrauliche Unterlagen, vertrauliche Gespräche nicht mehr geheim und vertraulich bleiben. Übrigens auch nicht in Donauwörth beim Donaukurier. Es war ein Hintergrundgespräch, aus dem zitiert wurde. Dass die Opposition nachhakt, einen Untersuchungsausschuss fordert, ist ihr demokratisches Recht. Ihr kommt diese Affäre natürlich im Wahlkampf gerade recht. Aber es gab selbst bei der SPD auch warnende Stimmen vor einem Untersuchungsausschuss. Er wird sich in

Verfahrensfragen verlieren Er wird in dieser Legislaturperiode kein Ergebnis mehr bringen. Die Zeit ist zu knapp. Er wird sich eher in Verfahrensfragen verlieren, jede Seite wird die andere Seite vorführen wollen. Das ist aber das politische Geschäft, kein Zeichen von Gnadenlosigkeit. Sicher, viele, auch sozialdemokratische Verteidigungsminister haben das Projekt eher schleifen lassen, die Organisation des Ministeriums nicht verändert, de Maizière ist also das letzte Glied der Kette. Aber: er trägt jetzt die Verantwortung. Es gab in der Geschichte dieser Republik einmal einen Bundesinnenminister, **Rudolf Seiters**, der sofort zurücktrat, als eine Aktion gegen Terrorverdächtige auf einem niedersächsischen Bahnhof schief ging, ein Vorgang, den er selbst persönlich nicht zu verantworten hatte, aber die politische Verantwortung für Fehlleistungen untergeordneter Dienststellen seines Ministeriums übernahm. Es gibt Politiker und Journalisten, die sich an diesen Vorgang jetzt wieder erinnern. Auf der anderen Seite wurde auch sofort gefragt, wer denn de Maizière folgen könnte, falls er zurücktreten sollte. Alle, Politik und Medien waren sich einig: eigentlich sei da im Regierungslager keiner mehr vom Format de Maizières, andere könnten nicht wechseln, weil sie für die Kanzlerin auf ihren Positionen unabkömmlich seien. Und Merkel wolle ihren bislang besten Mann doch vor dem Wahltag nicht verlieren. Fazit: Er werde – wenn nicht noch ein gravierender Vorgang an die Öffentlichkeit dringen würde, im Amt bleiben, aber er sei beschädigt.

Eines fiel jedoch auf: Rücktrittsforderungen an de Maiziere wurden in den Medien während der gesamten Berichterstattung zunächst sehr zögerlich erhoben, auch bei den Politikern der Opposition erst mit einer gewissen Zeitverzögerung.

Vielleicht auch deshalb, weil beide, Politik und Medien, zu häufig und zu schnell in den letzten Jahren immer wieder Rücktrittsforderungen erhoben haben. Warnend muss man sogar fragen, ob bei so viel zum Teil auch gnadenloser, oft auch hämischer Kritik an politischen Entscheidungsträgern wir nicht eines Tages Gefahr laufen, dass kein – auch noch so politischer – Mensch dieses Geschäft betreiben will, oder wir nur zweit- und drittklassige Köpfe für diese Aufgaben bekommen. Und obwohl ich hier bei der so ehrwürdigen Universität Tübingen auftrete: Ich möchte auch keine Politiker, die gleich nach ihrem Studium in die Politik gewechselt sind. Ich halte Berufserfahrung in anderen Bereichen abseits des reinen politischen Geschäfts für eine fast unabdingbare Voraussetzung für eine politische Tätigkeit.

Vielleicht, meine Damen und Herren, haben auch Ausdrucksweise und Urteil der Politiker übereinander zur Politikverdrossenheit beigetragen. Sicher: Politik ist kein Feld für zartbesaitete Persönlichkeiten. Und im Hinblick auf die politische Auseinandersetzung in den USA seit Amtsantritt von Barack Obama leben wir in Deutschland noch in einem Land des durchaus zivilisierten Umganges miteinander, auch im Verhältnis zwischen Politik und Journalismus. Wer gnadenlosen

Journalismus erleben will, der muss nur Fox News in den USA anschauen.

Meine Damen und Herren, viele Beobachter sagen immer wieder, früher, ja früher in Bonn, in der kleinen Stadt in Deutschland, die für die Bonner Republik steht, sei das Verhältnis zwischen Journalisten und Politikern ein anderes gewesen. Intimer, weniger boulevardesk, gemütlicher, enger und vertrauensvoller. Das Jahr, das dann die Veränderung brachte, sei **das Jahr 1999**, das Jahr des endgültigen Umzuges von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin. Das stimmt. 1999 gab es eine Invasion von Journalisten nach Berlin. Jeder Sender, ob öffentlich-rechtlich oder privat, jede Zeitung, jede Agentur rüstete mit Personal auf, baute Studios oder mietete große Bürogebäude, Zeitungen, wie die Berliner Zeitung sollten Weltblätter werden wie die Washington Post. Hier blieb es bei einem Traum. Es herrschte ein ungeheurer Konkurrenzkampf unter allen Medien. Jeder wollte der Erste sein mit der Story des Tages. Und was in Bonn Jahrzehnte lang ein Tabu-Thema war, in Berlin feierte der Boulevard seinen Einzug in die politische Berichterstattung. Welcher Politiker mit wem in welchem Edel-Restaurant am Gendarmenmarkt oder am Prenzlauer Berg gesichtet wurde, das war das Thema der Boulevard-Blätter. Der damalige Bundeskanzler Schröder spielte dieses Spiel durchaus mit.

In diese Anfangsphase der sogenannten Berliner Republik platzte dann der **CDU-Parteispendenskandal**. Hier wurde von

den Sendern und Zeitungen und Magazinen journalistisch erstklassige investigative Arbeit geleistet. Wenn auch unter Umständen, die Herlinde Koelbl dann in ihrem Film „Die Meute“ so trefflich aufzeigte. Sich um die besten Plätze prügelnde Journalisten, ein Parteivorsitzender Wolfgang Schäuble, der, nachdem er seinem Parteipräsidium seinen Rücktritt als Vorsitzender der CDU bekanntgegeben hatte, nur mit Hilfe eines Polizeikorridors auf der Strecke vom Ausgang der Thüringischen Landesvertretung zu seinem Wagen vor der Medienmeute geschützt werden konnte, das prägte das Bild der Anfangsmonate in der neuen Hauptstadt. Es war das bislang einzige Mal, dass sich die Bundespressekonferenz in einer Sondersitzung ihrer Mitglieder mit dem Meute-Verhalten beschäftigte. Danach hat sich dann die Situation damals beruhigt und eingespielt.

Dennoch – und dies ist eine vorsichtige Warnung, ein reflektierender Weckruf: Wir Journalisten müssen heute aufpassen, dass wir nicht mit einer nur noch auf Streit, Rücktritt, Skandal und Politiker-Bashing ausgerichteten Berichterstattung immer mehr zur Politikverdrossenheit beisteuern, als wir es uns selbst vielleicht eingestehen wollen. Das beliebteste Beispiel dafür sind die Höhe der Diäten und die Leere im Bundestag. Das ist immer gut für eine böse Zeile, besonders bei einem großen Boulevard-Blatt. Die Hintergründe bleiben oft draußen vor. Praktikanten im Bundestag bei den Abgeordneten aber sind jedes Mal erstaunt,

wie hoch der Arbeitseinsatz ist und was auch politisch entschieden wird.

Zu diesem zum Teil negativen Bild der Politik haben vielleicht auch die Vielzahl und häufig auch die Inhalte, die Zusammensetzung und die Dramaturgie der **Talkshows in ARD und ZDF** ihren Teil beigetragen. Wer seinen Gesprächspartner am schnellsten unterbricht, ob als weiterer Gast oder als Journalist, glaubt besonders progressiv oder schlagfertig zu sein. Zu selten haben die Sendungen mit den oft auf allen Kanälen im 24 Stunden-Takt wiederkehrenden Protagonisten noch einen größeren Erkenntnisgewinn. Reinhold Beckmann hat nun aufgegeben. Häufig hatte er sogar die interessantesten Runden, abseits vom Krawall. Nun sind es nur noch 4 Talkshows in der ARD. Einer von den verbliebenen Talkplätzen sollte für eine Umwandlung genutzt werden.

Was fehlt in der deutschen Fernsehlandschaft, ist eine unaufgeregte, aber harte, interessant gestaltete reine Interview-Sendung, eine modernere Variante der Günter Gaus-Interviews. Ein Gast der Extraklasse, ein oder zwei Interviewer, Face to Face, 30 Minuten. Hard-Talk von der BBC könnte das Vorbild sein. Eine klassisch öffentlich-rechtliche Form, abseits eines Quotendiktats, aber mit allen Formen der Zuschauerbeteiligung während und nach der Sendung.

In den Nachrichtensendungen sollten die Fragen an die Korrespondenten wieder mehr auf eine sachliche und weniger spekulative Ebene ausgerichtet sein. Wir von den öffentlich-

rechtlichen Sendern sollten nicht immer die zugespitzten Überschriften von Online-Diensten als den Maßstab aller Dinge sehen, sondern uns eher auf eigene Recherchen und Beurteilungen verlassen. Man muss nicht jede gnadenlos überzeichnete Überschrift sofort als die Wahrheit schlechthin begreifen. Es geht im **Online-Bereich** heute um das Geschäft. Und da sind wir in diesem Land noch ganz am Anfang der Entwicklung. Die Bild-Zeitung will nun diesem Land ihr Geschäftsmodell der zunächst teilweisen Bezahl-Online-Netzzeitung aufdrücken. Das dürfte den Konkurrenz-Druck noch verschärfen. Klammheimlich – so mein Eindruck – wird Bild Stück für Stück zu einem TV-Sender im Internet aufgebaut.

Deshalb ist es gerade für Sendungen wie die Tagesschau und die Tagesthemen, aber auch für unsere Tagesschau.de Online-Plattform so wichtig, dass wir seriös einordnen und beurteilen, ein Wegweiser sind in der politischen Berichterstattung, die Vertrauensinsel in der Welt der schnellen Kommunikation, aber auch die Diskussionsplattform, die andere nicht bieten können und wollen. Wer, wenn nicht wir als öffentlich-rechtliche Anstalten, kann diese Aufgabe übernehmen. Die Tagesschau mit dem nordkoreanischen Fernsehen zu vergleichen, das kann nur einem Moderator wie Claus Kleber vom ZDF Heute-Journal einfallen, der sich wohl maßlos überschätzt und dabei gleichzeitig nicht nur die Kollegen der Tagesschau beleidigt, sondern auch noch seine eigene 19-Uhr Heute-Mannschaft trifft, die ja weit abgeschlagen um Platz zwei mit den RTL-Nachrichten kämpft.

Wir müssen aber der Reflexion über politische Prozesse wieder mehr Zeit einräumen. Das wird unter anderem unsere Legitimation stärken, zusammen mit erstklassigen Dokumentationen, eigenen verstärkten investigativen Beiträgen, herausragenden, wagemutigen Fernsehfilmen und neuen Serien, die unser Profil wieder schärfen. Eine Serie wie „Türkisch für Anfänger“ war ein mutiger Schritt, leider falsch platziert. Eine Serie wie „Im Angesicht des Verbrechens“ war wegweisendes, in die Zukunft zielendes, aufregendes, forderndes, anstoßendes Fernsehen, das sich mit der realen Welt des Verbrechens beschäftigte. Schon jetzt ein Klassiker. Wir haben glänzende Autoren für Dokumentarfilme. Die ARD ist der größte Kulturveranstalter in Deutschland. Auch das muss sich noch mehr in unseren Programmen niederschlagen. Wir brauchen wieder mehr Mut, mehr Drang auch zur Relevanz. Erste Ansätze sind erkennbar, es müssen noch viel mehr werden. Wir müssen umdenken.

Wir benötigen dringend in der ARD, ich spreche hier nur für das Fernsehen, eine gemeinsame neue Linie, einen neuen „Conduct of Program“, die Beantwortung der Frage: Was ist das besondere Merkmal der ARD in der Zukunft? Was sind unsere prägenden, aufregenden Produkte in der Zukunft? Was ist das add-on, warum es uns gibt, warum wir benötigt werden. Das müssen wir beantworten. Nur unsere Produkte werden uns in der neuen Medienwelt den gebührenden Platz erreichen lassen. Wir haben davon schon viel Gutes, wir benötigen aber mehr davon.

Verzeihen Sie bitte diesen kleinen Exkurs in eigener Sache, aber all das treibt die Mitarbeiterschaft der ARD um.

Am 4. Januar 2012, Sie erinnern sich, dem Tag des Wulff-Interviews, hatten Bettina Schausten und ich für das Interview von unseren beiden Sendern nur eine Zeitvorgabe von 15 Minuten zugesprochen bekommen. Im Nachhinein betrachtet eigentlich eine Unmöglichkeit, ein Unding. Wir beide haben dann selbstständig entschieden und ganze 18 Minuten den Bundespräsidenten befragt. Unser größter Fehler: Wir hätten 30 Minuten machen sollen und auch können. Informationen hatten wir reichlich, Einschätzungen des Berliner Politikbetriebes und zusätzliche Informationen gab es zuhauf.

Beides, Informationen und Einschätzungen, bekommt man in den sogenannten **Berliner Hintergrundkreisen und Gesprächen**. Eigentlich soll es in diesen Kreisen um vertrauliche Gespräche mit den Journalisten gehen. „Unter Drei“ – so heißt die strengste Form. Aus einem Gespräch „unter drei“ soll nicht zitiert werden: so die Regel. Mag sie in Bonn noch durchgehend gegolten haben, in Berlin ist das nicht mehr durchgehend der Fall. Im Zeitalter der Internetmedien, dem härtesten Konkurrenzkampf der Medien untereinander seit Bestehen dieser Republik, ist diese Regel aufgeweicht. Das ist auch ein Bestandteil der gnadenlosen Republik, eine Veränderung im Verhältnis von Journalisten und Politik. Die Politiker selbst haben sich darauf eingestellt. Sie sind vorsichtiger geworden in diesen Gesprächen, doch in den

kleineren Hintergrundkreisen, und davon gibt es in Berlin eine ganze Menge, rechnet der eine oder andere Politiker sogar ganz heimlich bewusst damit, dass auch „unter drei“ Gesagtes den Weg an die Öffentlichkeit findet. Dies ist Teil des Geschäftes in der Hauptstadt.

Meine Damen und Herren, meine heutigen Anmerkungen zur gnadenlosen Republik sind zum Teil reflektierende, auch selbstkritische Anmerkungen. Vielleicht ein kleiner Weckruf vor Entwicklungen, die nicht gut wären für dieses Land.

Richtig ist: **Wir Journalisten haben die Pflicht, die politischen Prozesse kritisch zu begleiten, Fehlentwicklungen aufzuzeigen, Entscheidungen zu analysieren und zu kommentieren, wirkliche Skandale aufzudecken.** Das ist in der Geschichte dieses Landes immer wieder hervorragend geschehen. Von der Spiegel-Affäre des Franz-Josef Strauß, über die Parteispenden-Affären der CDU, FDP und Helmut Kohl bis zur Plagiatsaffäre des Karl-Theodor zu Guttenberg. Journalisten haben aufgedeckt, berichtet – und sie haben auch gestritten: über die Aufrüstung der Bundeswehr, über Atomwaffen, den Nato-Doppelbeschluss, die Ostpolitik von Willy Brandt, die Agenda 2010, die Krise des Euro.

In der neuen globalen Internet-Welt ist unsere Aufgabe noch mehr als zuvor, politische Prozesse seriös und glaubwürdig zu begleiten, transparent zu machen, Hintergründe aufzuzeigen, Bögen zu schlagen. Aus den oft überzogen aufgemachten Internet-Meldungen und Twitter und Facebook Mitteilungen das

Wichtigste herauszufiltern, auf den Wahrheitsgehalt zu überprüfen, Richtungen zu erkennen, zu analysieren und zu kommentieren. Diskussionen anzuregen.

Meine Damen und Herren: Politik wird von Menschen gemacht. Menschen machen Fehler. Auch in der Politik. Wir sollten aufpassen, dass es in der Welt des schnellen Internet-Journalismus nicht eines Tages zu der Situation kommt, dass kaum noch fähige Köpfe in diesem Land bereit sind, Politik gestalten zu wollen, weil sie dem zeitlichen und dem medialen Druck nicht mehr gewachsen sind oder sich ihm erst gar nicht mehr aussetzen wollen. Wie viel persönliche, gnadenlose Häme und Brutalität in der politischen Auseinandersetzung über das Netz verbreitet werden kann, das haben **die Piraten** gezeigt, aller Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage demonstriert. Das hat auch zu ihrem Absturz beigetragen. Ein weiterer Grund: sie haben außer ihrem Netz-Thema kein weiteres Thema besetzen können. Und die kostenlose Freiheit für geistiges Eigentum hörte für einige Piraten in dem Moment auf, als sie selbst zu Buchautoren wurden. Da war es mit der Glaubwürdigkeit vorbei. Die Piraten waren eine Sommermärchen-Protest-Partei, der auch mal der Anwalt und die Hausfrau von nebenan ihre Stimme gab, um endlich mal ihre Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien auszudrücken. Als mögliche Erwartungen von den zerstrittenen Piraten nicht erfüllt wurden, da begann ihr Absturz. Auch menschlich zeigten die Piraten kein Format.

Es sind also beide Seiten, die Politiker und die Journalisten, die etwas gegen den Eindruck einer gnadenlosen Republik tun könnten.

Denn es kam eine neue Variante hinzu: Die Parteien verklagten sich untereinander. Den Grünen war zu Beginn des Wahlkampfes wegen angeblicher Falschaussagen von CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt zu den grünen Steuerplänen der Kragen geplatzt. Dobrindt gilt als einer der größten Zuspitzer in der Berliner Politikszene. Haben die Beteiligten eigentlich nicht gemerkt, dass sie mit überzogenen Zuspitzungen und Gerichtsklagen die Parteiverdrossenheit eher fördern denn abbauen, Gefahr laufen, den Eindruck einer gnadenlosen Republik beim Wähler zu verstärken? Ein Armutszeugnis.

Ich hoffe sehr, dass dieses Beispiel keine Schule macht.

Die kommende Bundestagswahl wird uns alle, Politiker, Journalisten und die Wähler besonders fordern. Jeder Schritt, jedes Wort, jede Bewegung von Kanzlerin und Kandidat wird unter besonderer Beobachtung der Medien stehen. Neue Formen des Wahlkampfes werden ausprobiert. Internet, Facebook, Twitter, Video-Botschaften, Google-Konferenzen, Telefon-Townhall-Meetings, Hausbesuche, Telefonanrufe bei den Wählern, all das wird auf die Wähler einstürmen. Die Medien werden Kanzlerin und Kandidat auf die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen checken, Es wird eine nervöse Zeit. Während die Kanzlerin im Augenblick auf einer Wolke über allem schwebt,

hatte **Peer Steinbrück** schon die ersten harten Erfahrungen der neuen Medienwelt machen müssen und sofort die ersten großen Fehler begangen. Seine Glaubwürdigkeit wurde erschüttert durch seine zahlreichen und üppigen Vortragshonorare. Steinbrück beschwerte sich über die Berichterstattung, erkannte die Brisanz nicht und merkte fast schon zu spät, dass seine Art der Krisenbewältigung misslungen war. Nun hat er seinen Pressesprecher gefeuert. 100 Tage vor der Bundestagswahl. Das hat schon panikartige Züge. Der neue Mann kommt nun von einer Immobilienfirma, die nicht gerade die Überlegungen der SPD zur Wohnraum- und Mietenpolitik teilt und war vorher bei der Bild-Zeitung. Ob das eine glückliche Wahl war muss sich erst noch erweisen.

Dass der Kandidat Peer Steinbrück durchleuchtet wurde und wird, damit musste und muss er rechnen. Doch auch die Medien sollten aufpassen, dass sie es im Fall Steinbrück nicht übertreiben, aus jeder Ungeschicklichkeit nicht gleich ein Komplettversagen machen. Wenn es stimmt, was Steinbrücks Bruder vor ein paar Tagen der Süddeutschen Zeitung sagte, und ich habe daran keinen Zweifel, dass ein Journalist auf dem Rohbau der neuen Wohnung von Steinbrück in Berlin herumschlich, dann ist die Grenze überschritten. Und noch eins: Jahrelang hat die Journaille sich beklagt, dass die Politiker nur noch glatt seien sind und gestanzte Sätze immer wieder und wieder wiederholen. Steinbrück ist ein anderer Typ. Das „Frei Schnauze“-Exemplar sozusagen, das auch die Medien in seinem früheren Leben durchaus schätzten. Doch

nun ist er in einer anderen Rolle. Er hat erkennbar Schwierigkeiten, sich daran zu gewöhnen. Er muss sich arrangieren, auch mit den Strömungen in seiner Partei, für die er bislang als Vertreter der Agenda 2010 Politik eher Abneigung verspürte. Das sieht die Presse zu Recht kritisch. Noch einmal: Die Vorstellung seines Kompetenzteams ist ihm misslungen. Daraus hat er die Konsequenzen gezogen und seinen bisherigen Pressesprecher entlassen. Das ist nicht grausam, das ist Teil des normalen politischen Geschäfts.

Angela Merkel hat bislang noch keine erkennbaren Fehler im beginnenden Wahlkampf gemacht. Sie weiß – genauso wie Steinbrück: Die Vorwahlsendungen im Fernsehen werden eine wichtige, eigentlich die wichtigste Rolle übernehmen. Das war auch schon vor dem Zeitalter der Mediengesellschaft so. Ob in den USA mit dem legendären Duell Nixon gegen Kennedy oder auch in Deutschland beim Aufeinandertreffen von Kohl, Schmidt und Strauß, damals noch in der großen Runde der Spitzenkandidaten.

Das Duell wird mitentscheidend sein für den Ausgang der Wahl. Ein grober Fehler, eine Unsicherheit, ein Blackout, eine schlechte Tagesform können für den Wahlausgang entscheidend sein. Alle Vorwahlsendungen werden auf das noch so kleinste Detail beobachtet werden. Es wird sofortige Faktenchecks geben genauso wie die Beurteilung der Körpersprache der einzelnen Protagonisten.

In diesem Wahlkampf, meine Damen und Herren, geht es auch um das Phänomen Merkel. Das hat es in dieser Republik bislang so noch nicht gegeben: Eine Kanzlerin, der fast keine Krise, ob in Deutschland, in ihrer Partei oder in Europa, etwas anhaben kann. Ihre persönlichen Werte in den Umfragen sind durchgehend exzellent, ihre Partei liegt durchgehend um die 40 %.

Wie erklärt sich dieses Phänomen? Darüber rätseln wir alle in der Hauptstadt und nicht nur dort. Eine unprätentiöse Person wird zum Publikums- und Medienstar. Es ist das bescheidene Auftreten, die sachliche Performance, das große Fachwissen in fast jedem Gebiet gepaart mit kühlen, sehr rationalen Überlegungen und Entscheidungen, das dieses Phänomen wohl ausmacht. Wir nennen sie despektierlich „Mutti“, aber darin steckt ein durchaus wahrer Kern. Sie hat es geschafft, sich als die Kümmerin der Nation zu etablieren. Dabei legt sie auch Kaltschnäuzigkeit an den Tag, wenn es dem Erfolg dient: Beispiel Mietbremse. Nach eigener Aussage hat sie die – wie sie sagt – gute Idee der SPD mal einfach kopiert. Das Thema besetzt, den Kanzlerkandidaten düpiert. Beim Thema Mindestlohn wird es ähnlich laufen. Und in Europa, ja in der Welt, hat sich eine machtvolle Position aufgebaut. Ob bei der EU, bei G8- oder G20-Gipfeln: sie ist der Star. Als sie im Januar zum EU-Südamerikagipfel für 30 Stunden nach Santiago de Chile aufbrach, haben 15 Staatspräsidenten, die schon für den Gipfel abgesagt hatten, auf einmal die Absage in eine Zusage umgewandelt.

In ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik ist sie flexibel, auch im Hinblick auf Problemländer wie Griechenland, Italien und Frankreich. Selbst wenn sie vielleicht das eine oder andere Problem zu spät erkennt, nehmen wir das Beispiel der strengen Sparpolitik in den EU-Krisenländern, dann schafft Merkel es, ohne Blessuren zu einer Wirtschaftswachstums-Kanzlerin zu mutieren. Auch bei höchst umstrittenen Entscheidungen wie in der Libyen-Frage lenkt sie die Aufmerksamkeit zunächst auf andere, zum Beispiel den Außenminister. Das ist reiner Schutz, denn klar ist auch: Die Außenpolitik bestimmt sie. Das Zentrum der Außenpolitik ist nicht mehr das Auswärtige Amt, es ist das Kanzleramt.

Merkel mag keine Visionen, sie mag nur das Machbare. Sie ist die „Schritt für Schritt“-Kanzlerin. Ihr bisheriger Erfolg gibt ihr Recht. So lange es diesem Land im Verhältnis zu anderen Ländern noch weiter gut geht, wird sich an ihrem insgesamt positiven Bild und an der positiven Beurteilung der Wähler in den Umfragen nichts ändern. Die letzten Umfragen zeigen das noch einmal.

Aufgeschlossen ist sie für **neue Formen des Wahlkampfes**. Es begann mit ihren wöchentlichen Videobotschaften und setzt sich fort mit Google-Meetings und Internet-Townhall-Meetings mit Parteimitgliedern. Sie ließ ihren Regierungssprecher von Beginn an twittern, als selbst die Journalisten diesem Kommunikationsweg noch skeptisch gegenüberstanden. Sie ist schneller in vielen Überlegungen und Gedanken, als es nach

außen scheint. Sie ist innerparteilich so mächtig, dass viele Kommentatoren der CDU ein grausames Erwachen vorhersagen, wenn sie nicht mehr da sein sollte. Ihr Erfolg hat – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – einen hohen Preis: den Personalmangel an Spitzenleuten in der CDU.

Meine Damen und Herren: wenn wir ehrlich sind, dann muss man feststellen: Viele Bücher hat es über Angela Merkel schon gegeben, dabei waren Spökenkieker mit dem Hang zur schnellen Schlagzeile, aber auch hochkompetente Autoren dabei. Alle haben versucht, das Phänomen Merkel zu erklären, vielleicht sogar zu knacken. Richtig gelungen ist es keinem von uns!

In der grausamen Republik sind wir Journalisten an die Grenze unserer Erklärungen und Deutungen gelangt.

Vielleicht auch deshalb, weil bei allem Erfolg hier noch immer eine eher –in der Öffentlichkeit – bescheidene Frau auftritt.

Das gilt auch im Verhältnis zu uns Journalisten. Sie sucht nicht unbedingt die Nähe, aber sie beherrscht das Spiel. Gehen wir mit ihr auf Gipfel-Reisen, so nimmt sie sich sehr viel Zeit für Hintergrundgespräche, ob auf den Flügen oder spät abends oder auch nachts nach dem Gipfeltag im Hotel. Auch in Berlin ist sie bei Hintergrundgesprächen sehr aktiv. Die meisten finden bei ihr im Kanzleramt statt. Eine bis eineinhalb Stunden ist keine Seltenheit. Diese Runden arten teilweise sogar in Diskussionsrunden aus. Sie sind eben auch

Teil der gnadenlosen Republik, dem Verhältnis von Politik und Journalisten in der Hauptstadt.

Eine Frage, die dann immer wieder gestellt wird, ist die Frage nach der **Nähe von Politik und Journalisten in der Hauptstadt**. Ja, sie ist da, sie ist auch nicht zu vermeiden. Wir Journalisten wollen Informationen, die andere Seite will ihre Sicht der Dinge unter das Volk bringen. Es ist ein Spiel des Geben und Nehmens. Dennoch: Beide, Politiker wie Journalisten, wissen: es sind verschiedene Seiten, auf denen man steht. Ein gewisses Grundvertrauen beiderseits muss aber sein, davon leben beide: die Politiker genauso wie die Journalisten. Dafür gibt es neben persönlichen Kontakten eben auch die vielen Hintergrundgespräche und Kreise mit allen Beteiligten am politischen Leben, in Berlin genauso wie in den Landeshauptstädten. Auch die lokale Berichterstattung lebt davon.

Die Wahlkämpferin Angela Merkel öffnete ganz allmählich auch ihre private Seite. Sie redete über Männeraugen, aber auch über ihre DDR- Vergangenheit. Nur Homestorys aus Templin sind bislang noch nicht in Ihrem Angebot. Auch das Private hat Merkel unter Kontrolle.

Gerhard Schröder, den viele Beobachter ja bis heute als den eigentlichen Medienkanzler bezeichnen, zeigte da ganz andere Seiten. Er ließ uns alle teilhaben an seinem Ego-Trip im Kanzleramt. Und auch an seinem Liebesglück samt Eigenheim in Hannover. Er zeigte Lebensfreude, Bescheidenheit war für

ihn nicht unbedingt eine Zier. Bild, BamS und Glotze waren für ihn maßgeblich, er sagte das auch deutlich, verhielt sich auch danach.

Nur einmal habe ich Gerhard Schröder in einer Situation erlebt, die ich nie vergessen werde. Wir waren 10 Tage nach dem 11. September 2001 mit ihm zuerst nach Washington zu Präsident Bush und dann in der Nacht weiter nach New York zum Ground Zero geflogen. 30 Minuten bewegten wir uns alle in dieser unfassbaren Trümmerlandschaft, schauten gebannt den Bergungsarbeiten zu. Nie mehr danach habe ich die Journalisten- Kollegen und Kolleginnen so betroffen gesehen wie in dieser September-Nacht in New York. Ich hatte auf dem Hinflug mit Bundeskanzler Schröder ein Interview beim Rückflug nach Berlin vereinbart. Es kam nicht zustande. Als wir wieder in die Maschine kamen, saß dort ein völlig versteinertes Gerhard Schröder, fast unfähig, ein Wort zu reden. Er sagte nur zu mir: Ich kann nicht. Das Interview haben wir dann einen Tag später geführt. Ich erwähne diese Episode, weil sie einen anderen Gerhard Schröder zeigt. Dieser Schröder prägte aber nicht sein Bild in den Medien.

Angela Merkel wird den Wahlkampf beherrschen. Es muss schon in Europa mit dem Euro noch einmal eine dramatische Entwicklung geben, die zu einer großen Gefährdung für sie werden könnte. Noch suchen Politik und Journalisten nach dem großen Thema für diesen Wahlkampf. Ob es das Thema Soziale Gerechtigkeit wird? Vieles spricht dafür. Merkel beginnt

aber auch hier, Themen der SPD abzuräumen. Noch tut sich die SPD schwer, da etwas –außer Empörung – gegenzusetzen. Ein weiteres Problem: Die Führung der SPD trat und tritt nicht geschlossen auf. Der Kandidat wurde von Beginn an aus der Partei heraus geschwächt

Dass die Opposition das Thema de Maiziere ausschlichtet, das ist richtig, das ist auch ihre Aufgabe. Ob es zu einem beherrschenden Wahlkampfthema wird, das hängt an der Glaubwürdigkeit des Verteidigungsministers und an der Geduld der Kanzlerin. Es wird nun einen Untersuchungsausschuss geben. Das ist vorhersehbar gewesen. Das gehört wie gesagt zum Oppositionsgeschäft im Wahlkampf. Ob es ihr nützt, ist bislang eher unwahrscheinlich. Viel Zeit bis zur Bundestagswahl bleibt dem Ausschuss sowieso nicht mehr.

Dieser Wahlkampf – so sehen wir Beobachter es –wird in den letzten zwei, wenn nicht sogar erst in der letzten Woche entschieden. Vielleicht nimmt er ja auch erst in den letzten sechs Wochen so richtig Fahrt auf.

Wir Journalisten werden wie immer diesen Wahlkampf kritisch begleiten. Auf unbezahlbare Wahlversprechen und auf andere Ungereimtheiten hinweisen. Wir werden, das ist uns klar, aber auch Teil der gesamten Inszenierung sein.

Das muss der politische Journalismus aushalten. Er kann aber gut damit leben, er wird es sogar selbst thematisieren. **Vielleicht sollten wir uns noch mehr bewusst machen, dass wir als**

politische Journalisten neben den Politikern auch eine besondere Verantwortung für die politische Diskussionskultur in diesem Land haben. Eine besondere Verantwortung für die kritische, aber faire Begleitung politischer Entscheidungen, für das Aufzeigen von Ungereimtheiten, von falschen Versprechungen, für das Aufdecken von Skandalen, für das Erklären von politischen Prozessen.

Und Christian Wulff: Er kämpft nun vor Gericht gegen die Bunte. Er sei gar nicht neu verliebt, die Bunte darf dieses Gerücht nicht weiter verbreiten. Und er wartet auf seinen großen Prozess, wenn er denn überhaupt eröffnet wird. Auf jeden Fall wird der Fall Wulff als ein Lehrbeispiel in die Geschichte eingehen, dass Fairness und Seriosität in der Berichterstattung in diesem Land auch weiterhin ein hohes Gut sein sollten. Ein Stück kritische Reflexion über die eigene Arbeit kann auch uns Journalisten gut tun.

Über all dies habe ich am 4. Januar 2012, als der Anruf der Pressesprecherin des Bundespräsidenten in meinem Büro auflief, in der dann folgenden Hektik nicht nachdenken können. Die Reflexionen kamen erst später.

Vielen Dank für Ihr Interesse.